

IHKLW Politiknews

9. AUSGABE FRÜHJAHR 2023

Deutschlandstudie Innenstadt

So bleibt die
City attraktiv
SEITE — 03

IHKLW fordert Klima- schutz mit Augenmaß

Effizienz steigern &
Wirtschaftswachstum sichern
SEITE — 06

Weniger Vorschriften und mehr Flexibilität

Belastungsfaktor
Bürokratie
SEITE — 07

Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichern

Stimmung in der Wirtschaft verbessert sich leicht, aber noch keine Entspannung – Gelingen der Energiewende verlangt schnellen Ausbau von Stromnetzen und Stromspeicher- sowie Carbon Capture and Storage Technologien.

Krieg, Energiewende, Inflation und Demografie führen weiterhin zu weit unterdurchschnittlich schlechter Stimmung bei den Unternehmen, auch wenn der Konjunkturklimaindikator unserer IHK wieder leicht angezogen hat. Mit ihren Maßnahmen zur Entlastung bei den Energiepreisen mag die Politik zu dieser Entwicklung beigetragen haben, der Energiepreisanstieg bleibt aber gleichwohl massiv. Zu dem Preisanstieg kommt die zunehmende Unsicherheit in der Wirtschaft, wie die Energieversorgung zu Wettbewerbspreisen perspektivisch gewährleistet wird. Die momentan bestehenden Engpässe werden uns länger als vielerorts dargestellt über 2024 hinaus beschäftigen. Es fehlt an erneuerbaren Energieerzeugungskapazitäten, an Übertragungs- und Verteilnetzkapazitäten, an Kapazitäten zum Ausbau von Energiespeichertechnologien und nicht zuletzt

fehlt es an grundlastfähigen Energieerzeugungskapazitäten. Die Unternehmen brauchen Steuersenkungen und weniger Bürokratie, das ist viel wirksamer gegen die bestehende Misere als überbordende Subventionen, die nur die Schuldenlast erhöhen und künftige Generationen finanziell weiter belasten. Ohne jetzt aktiv zu werden, verlagern sich insbesondere Industrieprozesse weiter und Arbeitsplätze gehen verloren. Mit mehr Verschuldung werden die Probleme nicht gelöst, da das notwendige Kapital zur Transformation durch die Steuerzahler nicht aufgebracht werden kann. Kurz: Es stellt sich die Frage, womit wir unser Geld in den nächsten Jahren verdienen wollen. Eine Sache stimmt in diesem Kontext nachdenklich, denn wir verlieren heute schon jedes Jahr fast eine Million Menschen ins Ausland. Oft sind es die Besten der Besten.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



als ich gefragt wurde, ob ich das Editorial der Politiknews übernehmen möchte, habe ich sofort zugesagt. Denn ich möchte die Gelegenheit nutzen, um der regionalen Wirtschaft eine Stimme zu geben. Und ich appelliere an Sie, liebe Politiker*innen und liebe Verantwortliche in den Verwaltungen, uns wahrzunehmen.

Bei allen aktuellen Themen, die die Unternehmen auch in unserer Region bewegen: Geschäftsrisiko Nummer eins ist der Arbeitskräftemangel. Laut DIHK-Fachkräftereport können in Niedersachsen 60 Prozent der Unternehmen längerfristig nicht alle Stellen besetzen, weil sie keine passenden Arbeitskräfte finden. Nicht nur für mein Unternehmen, die Feldbinder Spezialfahrzeugwerke GmbH aus Winsen im Landkreis Harburg, kann ich sagen: Es sind nicht die Akademiker, die uns fehlen. Es sind die beruflich Qualifizierten.

Selbstverständlich bilden wir aus und selbstverständlich suchen wir frühzeitig den Kontakt zu Schüler*innen – sei es über Praktika, IHKLW-Projekte zur Berufsorientierung und auf Ausbildungsmessen. Was ich mir wünsche, ist ein ebenso engagierter Einsatz der Politik und ausreichend Mittel für eine Stärkung der beruflichen Bildung! Wir brauchen modern ausgestattete Schulen

und Berufsschulen und eine frühzeitige und fundierte Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen. Es ist gut, dass auch die Gymnasien endlich mitziehen (müssen), aber noch passiert zu wenig. Eine echte Entlastung wäre außerdem der Bürokratieabbau. Allein bei Feldbinder sind vier Mitarbeitende mit Dokumentationen und Berichten beschäftigt, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind.

Unternehmen müssen ihre ureigensten Aufgaben erfüllen können – weil sie damit Geld verdienen. Dafür braucht es weniger Vorgaben und mehr Rückhalt. Denn auch die große Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit lässt sich mit starren Vorgaben für die Wirtschaft weder besser noch schneller erreichen. Meine zentrale Botschaft an alle politischen Entscheider: Trauen Sie den deutschen Unternehmen wieder mehr zu! Denn der Wettbewerb der Ideen bringt auch bei Nachhaltigkeit und Transformation die besten Lösungen.

Dr. Nina Lorea Kley, Geschäftsführerin der Feldbinder Spezialfahrzeug-Werke GmbH, engagiert sich in der IHKLW-Vollversammlung und im IHKLW-Berufsbildungsausschuss.

Dr. Nina Lorea Kley

Schon gewusst?

2 Millionen

Stellen können nach Schätzungen der DIHK in Deutschland nicht besetzt werden, das entspricht einem entgangenen Wertschöpfungspotenzial von fast 100 Milliarden Euro.

IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

ihk-lueneburg.de/abo

Was Menschen zukünftig in die Innenstadt lockt

Die DIHK hat zusammen mit der cima Beratung + Management GmbH und weiteren Partnern zum Ende des Jahres 2022 die „Deutschlandstudie Innenstadt“ veröffentlicht. In einer breit angelegten bevölkerungsrepräsentativen Umfrage wurde nach den Stimmungsbildern zu verschiedenen Facetten der Innenstädte gefragt.

Zentrale Erkenntnisse:

- Unsere Innenstädte sind nicht erst seit der Pandemie im Wandel.
- Bereits durch die fortschreitende Digitalisierung und ein sich änderndes Kundenverhalten stehen die Innenstädte vor neuen Herausforderungen.
- Die Studie geht davon aus, dass ein dauerhafter Besucherverlust von 20 % droht.
- Transformation von bis zu 30 % der Flächen nötig.



Ausblick:

- Die Innenstädte brauchen eine Neuausrichtung.
- Auch zukünftig wird der Handel das Hauptmotiv für den Besuch sein.
- An Bedeutung gewinnen die Aspekte Stadtgrün, Gastronomie, Sauberkeit, Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität.
- Der Handel braucht neue Frequenzpartner: Neben der Gastronomie können das Coworking-Spaces, Gesundheitsdienstleister oder Bildungseinrichtungen sein.

Weitere Infos und die vollständige Studie: dihk.de

DIHK-Lösungsvorschläge zum Bürokratieabbau

Die DIHK hat einen vielseitigen Maßnahmenkatalog mit Vorschlägen zur Entlastung der Unternehmen durch Verfahrensbeschleunigung unterbreitet. Der Katalog listet konkrete Vereinfachungen auf, die Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen von bürokratischen Belastungen befreien können.

Ein Themenüberblick:

- Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft beschleunigen
- Produktionsstandorte durch leichtere Fachkräftegewinnung stärken
- Digitalisierung zur Beschleunigung und für Vereinfachungen
- Absenkung von Erfüllungsaufwand durch Praxis-Checks
- Vereinfachung des Steuerrechts



Die vollständigen Lösungsvorschläge zum Bürokratieabbau: dihk.de



Nachgefragt bei Lennart Ulrich

Herr Ulrich, wir erleben immer häufiger im Alltag den Fachkräftemangel. Wie kommt es dazu?

In Deutschland sind laut aktueller DIHK-Umfrage zwei Millionen Stellen unbesetzt. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen nun nach und nach in Ruhestand, bis 2030 werden gut fünf Millionen Menschen aus dem Beruf ausscheiden. Um die Arbeitsstellen in Zukunft zu besetzen, gibt es zwei wesentliche Möglichkeiten: Erstens wir bilden die Fachkräfte von morgen verstärkt aus und zweitens ermöglichen wir die Einwanderung von Fachkräften. Beide Möglichkeiten müssen wir sofort forcieren, um die wachsende Fachkräftelücke zu schließen.

Welche Hemmnisse sehen Sie bei der Stellenbesetzung am Ausbildungsmarkt?

Knapp die Hälfte der Unternehmen in Niedersachsen kann nicht alle Lehrstellen besetzen. Je kleiner die Unternehmen, umso größer die Stellenbesetzungsprobleme. Ein Blick auf den Ausbildungsmarkt zeigt: Im Dezember 2022 kamen in Niedersachsen auf 100 unbesetzte Ausbildungsstellen nur 66 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber. Hauptgrund neben dem demographischen Wandel und der zunehmenden Studierneigung ist eine mangelnde berufliche Orientierung.

Wenn die Nachfrage nach Fachkräften so groß ist, was hält Unternehmen davon ab, Fachkräfte aus dem Ausland zu holen?

Bürokratie! Beim DIHK-Fachkräftereport, einer Unternehmensbefragung, fordern 38 % der niedersächsischen Unternehmen die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Einstellung von ausländischen Fach- und Arbeitskräften. Außerdem müssen wir uns bewusst machen, dass wir in Deutschland nicht das Einwanderungsland Nummer 1 sind.

Im Jahr 2021 kamen laut Statistischem Bundesamt 1,3 Millionen Menschen nach Deutschland, 130.000 davon nach Niedersachsen, allerdings sind auch eine Million Menschen aus Deutschland ausgewandert.

Was würde den Unternehmen helfen, die Fachkräftelücke zu schließen?

Die Zahl soll bei knapp einer Million liegen und damit fast so hoch wie die der Zugewanderten sein. Wenn das stimmt, läuft etwas falsch. Es muss uns gelingen, unsere guten qualifizierten, potenziellen und tatsächlichen Fachkräfte hier zu halten. Gleichzeitig müssen wir die Fachkräftezuwanderung erleichtern. Die Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein richtiger Schritt. Die Steuerung der Zuwanderung über die Chancenkarte ist dabei zentral. So kann es gelingen, Fachkräftezuwanderung, die am Markt nicht und auch perspektivisch nur schlecht einsetzbar ist, zu vermeiden. Die Einwanderung von Fachkräften mit anerkannten Qualifikationen ist ein guter Schritt, genauso wie die Möglichkeit für Einreisende hier in eine Ausbildung zu starten.

Was kann man in der Aus- und Weiterbildung tun?

Aus- und Weiterbildung bleiben zentrale Aktionsfelder der Fachkräftesicherung. Weiterbildung gewinnt an Bedeutung. Für die Ausbildung brauchen wir eine bessere Berufsorientierung und ein besseres Matching zwischen Unternehmen und Bewerbern. Damit erhalten alle Jugendlichen eine Chancengarantie. Eine Versorgungsgarantie mit staatlich geförderten Plätzen brauchen wir nicht. Es fehlen Bewerber, keine Stellen.

Lennart Ulrich ist Berater für Bildung und Fachkräfte im Bereich der Standort- und Politikberatung unserer IHKLW und an der Schnittstelle von Unternehmen, Politik und Verwaltung.

KONTAKT

Lennart Ulrich
Telefon: 05141 9196 11
lennart.ulrich@ihklw.de

„Wir sollten genauer hinschauen, warum so viele Hochqualifizierte aktuell aus Deutschland auswandern.“



Fachkräftebericht



Die DIHK hat bei seinem Fachkräftebericht 1.600 Unternehmen in Niedersachsen befragt. Die Umfrage zeigt deutlich, jedes zweite Unternehmen kann nicht mehr alle offenen Stellen besetzen. Insgesamt geht die DIHK davon aus, dass deutschlandweit aktuell rund zwei Millionen Arbeitsplätze nicht besetzt werden können. DIHK-Fachkräftebericht 2022: dihk.de



Können Sie in ihrem Unternehmen derzeit offene Stellen längerfristig nicht besetzen, weil sie keine passenden Arbeitskräfte finden?

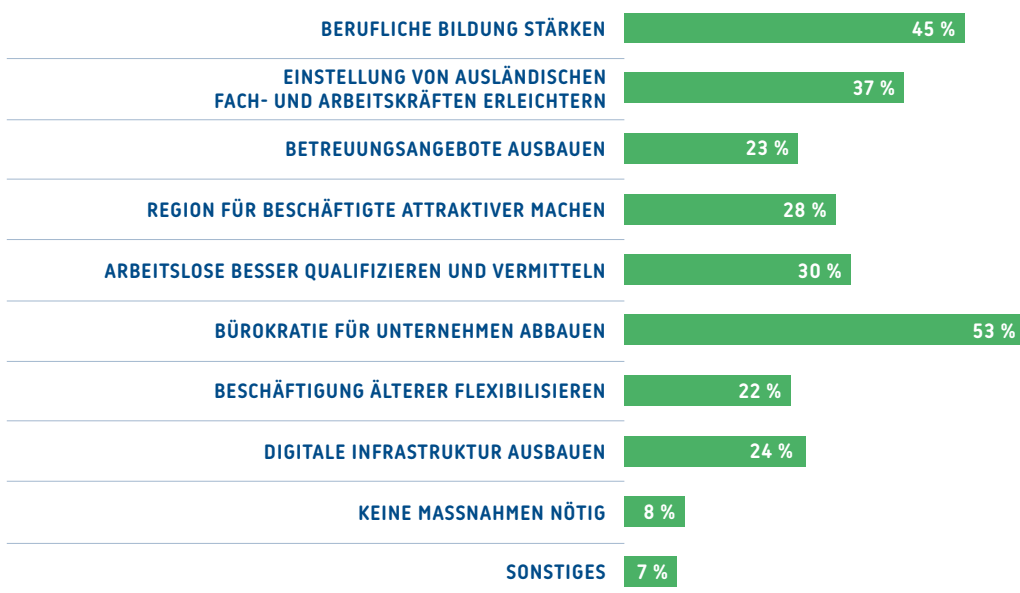
- Von den beteiligten Unternehmen haben 60 Prozent angegeben, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können.
- Hightech-Unternehmen können 65 % der offenen Stellen längerfristig nicht besetzen.
- Im Gastgewerbe haben nur gut 9 % der Unternehmen keine Probleme bei der Besetzung von offenen Stellen.



Für welches Qualifikationsniveau suchen Sie ohne Erfolg Arbeitskräfte?



Wie sollten die Rahmenbedingungen verändert werden, um Ihrem Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu helfen?





IHK Nord fordert erfolgreiches Sedimentmanagement

Die IHK Nord fordert Bund und Länder zu einem langfristig erfolgreichen Sedimentmanagement in der Deutschen Bucht und in der Ostsee auf. Die deutschen Seehäfen seien das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft und gleichzeitig von übergeordneter Bedeutung für die Versorgungssicherheit. Demzufolge müssten die Regelwassertiefen in den Zufahrten zu den Häfen sowie in den Häfen dauerhaft und kontinuierlich gesichert sein. Derzeit scheitere die Bundeswasserstraßenverwaltung an einer ihrer Kernaufgaben. Die zwischenzeitlich erreichte Einigung der Länder Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein für eine Verklappung des Elbschlicks könne nur ein Zwischenschritt hin zu einem langfristig aufgestellten Sedimentmanagement sein.

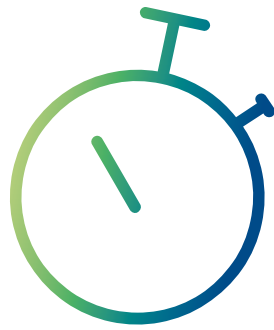
ihk-nord.de



IHKLW fordert Klimaschutz mit Augenmaß

Angesichts der angekündigten Verschärfung des Gebäude-Energie-Gesetzes und des geplanten neuen Energieeffizienzgesetzes voller Verpflichtungen und verkürzter Umsetzungsfristen warnt die IHKLW davor, die Wirtschaft zu überfordern und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und des Wirtschaftsstandortes Deutschland aufs Spiel zu setzen.

Im Fokus der aktuellen Klimapolitik im Bund und im Land sollte stehen, dass Klimaschutz Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit nicht negativ beeinflusst. Erforderlich ist dazu den betrieblichen Klimaschutz zu fördern, statt zusätzliche Umsetzungspflichten vorzugeben. Es gilt, Abwärmenutzung zu ermöglichen und nicht zu verordnen und Verhältnismäßigkeit zu wahren. Politik und Verwaltung sind insofern gefordert, mit Technologieoffenheit bei steigendem Energiebedarf mehr Kraftwerke zur Grundlastsicherung in den Markt zu bringen, und den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren. Als einen wichtigen Schritt sieht die IHKLW dabei, dass Bund und Land die Exploration, Erschließung und Nutzung der Tiefengeothermie als Wärmequelle sowie CCS und CCU vorantreibt. Letzteres ist nach Überzeugung der IHK unverzichtbar, wenn der Deindustrialisierungsprozess gestoppt werden soll.



SCHNELLER WERDEN

Weniger Vorschriften und mehr Flexibilität

Das Thema Bürokratie ist laut aktueller IHK-Konjunkturumfrage weiterhin eines der größten Belastungsfaktoren.¹

Von der Ankündigung der Politik, „unverhältnismäßige zusätzliche Bürokratielasten“ abzuwenden, ist bisher wenig zu spüren. Im Gegenteil: Bis dato erfolgt kein Innehalten der Vorschriftenerfinder in Brüssel und Berlin.

Zusammen mit den anderen IHKs in Deutschland hat die IHKLW mehr als 30 konkrete Vereinfachungen zusammengetragen, die Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen von bereits existierenden bürokratischen Belastungen befreien könnten.²

Mit den richtigen Weichenstellungen für mehr Flexibilität und weniger Bürokratie kann die Politik den jetzt zur Transformation bei gleichzeitiger Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit benötigten Investitionsschub der Unternehmen anstoßen. Da beispielsweise in einem Familienbetrieb im Gastgewerbe heute 14 Stunden Arbeitszeit pro Woche allein für Bürokratiepflichten anfallen, gibt es viele Anknüpfungspunkte für effektiven Bürokratieabbau. Im von den IHKs zusammengestellten Katalog sind konkrete Vorschläge zu finden, um die Fachkräftegewinnung zu erleichtern, den Erfüllungsaufwand zu senken oder das Steuerrecht zu vereinfachen.

Zur Transformation auf dem Weg zur Klimaneutralität braucht es mehr Flexibilität für Investitionen. So verzögern in Gewerbegebieten bürokratische Verfahren den Ausbau von erneuerbaren Energien, da beispielsweise die Weiterleitung des von einem Unternehmen erzeugten Stroms an einen Nachbarbetrieb höchst komplex ist. Unterstützen könnte eine Bagatellgrenze bei Stromerzeugung und ein Pauschaltarif für Netzentgelte, Steuern und Umlagen.

¹ (Quelle: <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-jahresbeginn-2023>)

² (Quelle: <https://www.dihk.de/resource/blob/87756/cc82f92c6c5833d0c197d9e266ae3e6c/dihk-vorschlaege-entlastung-und-buerokratieabbau-2022-data.pdf>)



„Mit den richtigen Weichenstellungen für mehr Flexibilität und weniger Bürokratie kann die Politik den jetzt benötigten Investitionsschub der Unternehmen anstoßen.“

Gerd Ludwig
Berater Volkswirtschaft,
Umwelt- und Energiepolitik

Kritisch zu sehen sind auch die im verschärften Energieeffizienzgesetz vorgesehenen Detailregelungen und Umsetzungsverpflichtungen. Sie stufen Effizienzinvestitionen höher ein als solche, die beispielsweise für den Fortbestand des Unternehmens notwendig sind. Auch im geplanten Gebäude-Energie-Gesetz gibt es Detailregelungen, die sich vom Prinzip der Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit verabschieden und flexiblen, praxisingerechten Lösungen für Härtefälle entgegenstehen. Extrem kurze Umsetzungsfristen lassen außer Acht, dass Fachkräfte, Anlagen und Baumaterial in der Kürze der Zeit nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Bedauerlich ist, dass Chancen, die marktwirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel bieten nicht ausgeschöpft werden.

Es gibt allerdings auch Beispiele für Projekte, die Hoffnung machen. Der zügige Bau des LNG-Terminals in Wilhelmshaven zeigt, wie Deutschland und Niedersachsen schneller werden können. Um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, sollten die jüngsten Vereinfachungen wie im LNG-Beschleunigungsgesetz auf andere Fachgesetze ausgeweitet und die Instrumente des vorzeitigen Baubeginns stärker genutzt werden.

IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

20. April 2023

Mentale Gesundheit

Eine Betriebsanleitung für Erfolg!

Norman Gräter | Lüneburg

ihklw.de

24. April 2023

IHKN-Energiedialog

„Aktuelle Themen der Energieversorgung“
in Zusammenarbeit mit dem Landtagsausschuss
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Anmeldung via E-Mail an Gerd Ludwig

gerd.ludwig@ihklw.de

11. Mai 2023

Zeitgemäße Unternehmensführung durch Unternehmerische Selbstverantwortung

Rike van Kleef | Celle

ihklw.de

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER

ihklw.de

DIE GUTE NACHRICHT

A 39 mit weiterem Meilenstein

Die Autobahn GmbH des Bundes hat ihre Planungen zum dritten Abschnitt der A 39 zwischen Bad Bevensen und Uelzen fertig gestellt. Ende 2022 wurde der Antrag auf Planfeststellung beim Fernstraßenbundesamt gestellt und das Planfeststellungsverfahren begonnen. Der 16,4 Km lange Abschnitt umfasst u. a. zwei Anschlussstellen an der B 191 und der B 71, um die Hansestadt Uelzen und das neu zu entwickelnde Gewerbegebiet Hafen Uelzen-Ost an die A 39 anzuschließen. Die Realisierung der A 39 ist damit wieder ein Stück nähergekommen.

Sie haben Interesse an der A 39 und der Schleuse Lüneburg?

Wir bieten Ihnen in regelmäßigen Abständen Informationen über zwei zentrale Bauprojekte in unserer Region. Den Newsletter des Nordland-Autobahnvereins e.V. (NAV) zu A 21 und A 39 erhalten Sie nach Anmeldung unter www.ihk.de. Die neuesten Nachrichten zur neuen Schleuse Lüneburg bekommen Sie nach Anmeldung unter www.schleuselueenburg.de/newsletter

schleuse lüneburg



Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS

Der Newsletter für Politik
und Verwaltung

9. Ausgabe **Frühjahr 2023**

ABO BESTELLEN

ihk-lueenburg.de/abo

> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER

IHK Lüneburg-Wolfsburg

Am Sande 1, 21335 Lüneburg

Telefon 04131 742-0

E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH

Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß

§ 55 Abs. 2 RStV:

Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION

Medina Gaidus

medina.gaidus@ihklw.de

Telefon 04131 742-147

E-Mail politiknews@ihklw.de

IHKLW
Politiknews



Besuchen Sie uns
auch auf facebook:
facebook.com/ihklw

